

Schäfer, Dorothea

Article

Eine umfassende Finanztransaktionssteuer könnte auch Spielräume für mehr Investitionen schaffen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schäfer, Dorothea (2014) : Eine umfassende Finanztransaktionssteuer könnte auch Spielräume für mehr Investitionen schaffen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 81, Iss. 44/45, pp. 1180-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/104044>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Dorothea Schäfer, Forschungsdirektorin
Finanzmärkte am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin
wieder.

Eine umfassende Finanztransaktionssteuer könnte auch Spielräume für mehr Investitionen schaffen

Deutschland steckt in einem Dilemma. Einerseits braucht das Land mehr Investitionen in Bildung, grüne Technologien und Infrastruktur – und zwar sinnvolle Investitionen. Das ist keineswegs selbstverständlich; man denke beispielsweise nur an die vielen neu entstandenen Regionalflughäfen, die viel Geld gekostet haben, deren Unterhalt aber der Steuerzahler bestreitet, weil Kunden rar und Gewinne weit weg sind. Andererseits sind die fiskalischen Spielräume eng. Die Schuldenbremse steht in der Verfassung und das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wollen viele nicht aufgeben.

Doch es gäbe einen Ausweg aus diesem Dilemma: die schon lange geplante Einführung der Finanztransaktionssteuer. Deren fiskalische Ergiebigkeit hat das DIW Berlin im Jahr 2012 in einer Studie im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion aufgezeigt. Eine weitere Studie für das Bundesfinanzministerium hat das potentielle Steueraufkommen mit neueren Zahlen zum Transaktionsvolumen nun klar bestätigt. Beide Studien sind allerdings davon ausgegangen, dass sämtliche Finanztransaktionen einschließlich Anleiheverkäufe auf den Sekundärmärkten und Derivate aller Art besteuert werden. Bei einer solch umfassenden Regelung könnte Deutschland wohl mit zusätzlichen Einnahmen von mehr als zehn Milliarden Euro pro Jahr rechnen. Das wäre eine erhebliche Ausweitung des fiskalischen Spielraums, wie sich anhand einiger Budgets von Bundesministerien leicht erkennen lässt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung beispielsweise hat 2014 ein Budget von gut 14 Milliarden Euro, das Bundesgesundheitsministerium von gut elf Milliarden Euro und das Bundesumweltministerium von knapp vier Milliarden Euro. Doch ob es zu einer umfangreichen Besteuerung kommt, ist mehr als fraglich.

Denn die geplante Finanztransaktionssteuer kommt schon jetzt daher wie ein löchriger Schweizer Käse. Da die

tatsächliche Einführung wohl auf das Jahr 2016 verschoben wird, haben die Lobbyisten nun auch noch viel Zeit gewonnen, um die angedachte Besteuerung wenigstens einiger Derivatetypen am Ende noch ganz zu kippen. Hinzu kommt, dass die Finanzindustrie neue Derivate erfinden dürfte: Etwa solche, die den Aktienhandel nachbilden können, ohne mit den eigentlichen Aktien zu handeln – denn diese sollen ja künftig besteuert werden und sind damit unattraktiver. Derivate haben uns allerdings vor ein paar Jahren in die Krise geführt.

Die Finanztransaktionssteuer so auszugestalten, dass sie einem Förderprogramm für zusätzliche Derivate gleichkommt, ist Unsinn. Ebenso, wie der in Deutschland ohnehin spärlichen Finanzierung über Aktien durch die Abkehr von der umfassenden Besteuerung ein völlig unnötiges Hemmnis zu verpassen. Wohlgermerkt nicht durch die Finanztransaktionssteuer an sich, sondern weil andere Finanzinstrumente von der Steuer ausgenommen werden sollen. Dem Hochfrequenzhandel wird mit dieser Fokussierung auf die Besteuerung des Aktienhandels natürlich auch nicht der Boden entzogen, wie es bei einer umfassenden Bemessungsgrundlage höchstwahrscheinlich der Fall wäre. Mit der selektiven Besteuerung einzelner Wertpapier- und Derivatetypen wird der Hochfrequenzhandel auf die nicht besteuerten Segmente ausweichen und dort umso intensiver sein. Das deutsche Hochfrequenzhandelsgesetz ist zahnlos und hat dem nichts entzusetzen.

Die Finanztransaktionssteuer bietet dem Finanzminister die Chance, Spielräume für die benötigten Investitionen zu schaffen. Er muss es nur wagen, sich gegen die Lobby der Finanzindustrie durchzusetzen und rasch auf eine umfassende Besteuerungsbasis drängen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.